Alfa Romeo bietet eine gute Chance

für gute Händler
und solche,
die es werden wollen.

Einige Plätze sind noch frei – vielleicht andere neu zu besetzen.

Sie haben es seit langem verfolgt: Alfa Romeo ist „im Kommen".
Die Zulassungen, die Wagen auf den Straßen beweisen es.

Möchten Sie erfahren, wie bei uns gearbeitet wird? Erkundigen Sie sich.

Was wir zu bieten haben?
- Ein attraktives Programm,
- konkurrenzfähige Preise,
- außergewöhnliche Konditionen.

Überzeugen Sie sich.

Wir unterhalten uns gern mit Ihnen. Ihre Anfrage wird sofort beantwortet und absolut vertraulich behandelt.

Alfa-Romeo
Vertriebsgesellschaft mbH.
6230 Frankfurt-Griesheim
Lärchenstraße 110
Tel. 383651/57

ALFA ROMEO

BUNDESLÄNDER

BREMEN

Falsche Freunde

Fast zwei Jahrzehnte lang kommandierte Bremens mächtigster Genosse Richard Boljahn, 55, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler im kleinsten Bundesland. Er hievte treue Gefolgsleute auf gutdotierte Posten, und er selber sitzt in fünf wichtigen Aufsichtsräten. Er baute Europas größte Trabantenstadt, die „Neue Vahr", und in Bremens Zentrum Norddeutschlands größte Stadthalle.

Seit Jahren unkten die Bremer: „Bremen ist boljahnisiert." Die „Neue Vahr" tauften sie „Boljahnograd", die wie ein Wikingerschiff anmutende Stadthalle „Boljahneum" und Boljahn selbst „König Richard".

Seit langem ist der 1,69 Meter große, dynamische und listenreiche wie eigenwillige Herrscher vielen Genossen unheimlich. Aber nur selten und dann nur zögernd wagten sie ein Widerwort.

Jetzt haben sie ihn gestürzt.

Am Sonntag vorletzter Woche ließen die Delegierten des SPD-Ortsvereins den hemdsärmeligen Spitzenfunktionär („Ich sage lieber mal Scheiße, als daß ich drumherum rede") bei der Orts-Vorstandswahl durchfallen. Zugleich wurde beschlossen, ihn für die Wahl zum Landesvorstand nicht wieder aufzustellen. So bedrängt von den Genossen, trat Boljahn einen Tag später als SPD-Fraktionschef zurück.

Die bis dahin so nachsichtigen Genossen wollten nicht länger ertragen, daß der Multi-Funktionär Boljahn je nach Funktion einen anderen Standpunkt bezog. So war, gleich nach der Bremer Knüppel-Schlacht um die Straßenbahn-Tarife, der SPD-Fraktionschef Boljahn mit dem Gewerkschaftsboß Boljahn und dem Boljahn, der im Aufsichtsrat der Straßenbahngesellschaft sitzt, kollidiert.

Als in Partei und DGB Kritik aufkam, der Gewerkschaftsboß habe Bremens Arbeiter verraten, weil das Aufsichtsratsmitglied den drastischen Fahrpreis-Erhöhungen zugestimmt hatte, schlug sich Boljahn schnell zu den Gewerkschaftlern, die gegen die neuen Tarife protestierten. Dabei hatte der Fraktionschef Boljahn Ende November bei der Bildung der SPD/FDP-Koalition ein Papier unterschrieben, das eben diese Tarife vorsah.

Ortsvereins-Vorsitzender Hermann Hansing monierte: „Man kann nicht in der Fraktion mitstimmen und draußen sagen: Ich weiß von nichts." Und der Delegierte Albert Müller folgerte: „So geht es nicht, so machen wir die Partei kaputt."

Nach Boljahns Fall ist Bremen nicht mehr Bremen. Denn der ruppige Provinz-Politiker, der einen Opel-„Commodore" steuert, bei Catcher-Veranstaltungen in der ersten Reihe sitzt und nervös auf die von ihm bewunderten Nasengriffe lauert, gehörte zum Stadtbild wie der Roland vor dem Rathaus und die Bremer Stadtmusikanten.



Entmachteter SPD-Politiker **Boljahn**
„So geht es nicht . . .

Der gelernte Borgward-Klempner, der seit 1927 der Gewerkschaft und seit 1930 der SPD angehört, hatte nach dem Krieg eine für sozialdemokratische Begriffe beispiellose Ämterfülle eingeheimst. Der vor allem im sozialen Wohnungsbau erfolgreiche Fraktionschef und Gewerkschaftsboß sitzt in der Finanzdeputation der Bürgerschaft (Landtag), im Rundfunkrat, im Verwaltungsausschuß des Bremer Arbeitsamtes und des Landesarbeitsamtes Niedersachsen/Bremen sowie in der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Er ist

▷ Aufsichtsratsvorsitzender der gewerkschaftseigenen Baugesellschaft „Neue Heimat Bremen" — Ei-



Boljahn-Gegner **Koschnick**
. . . so machen wir die Partei kaputt"

gentümerin von insgesamt 46 125 Wohnungen und Bauherr in der Neuen Vahr (10 000 Wohnungen);

- ▷ Aufsichtsratsmitglied (bis Dezember 1967 Vorsitzender) der Grundstücksgesellschaft „Weser", die an Grundstückkäufen für öffentliche Bauvorhaben maßgebend beteiligt ist;
- ▷ Aufsichtsratsmitglied (bis Dezember 1967 Vorsitzender) der Stadthallen GmbH, die eine Mehrzweckhalle für Parteiveranstaltungen, Sechs-Tage-Rennen und dergleichen betreibt;
- ▷ Aufsichtsratsmitglied der Bremer Straßenbahn AG und
- ▷ Aufsichtsratsmitglied der Bremer Stadtwerke AG.

Und er hätte — nach eigenem Bekunden — längst Senator sein können, doch dann, so Boljahn, gäbe es „nur Wackelheinis in der Legislative"; auch Angebote aus der Wirtschaft lägen ihm vor, doch er mag „die Politik nicht ablegen wie ein dreckiges Hemd".

Boljahns Freunde sind einflußreich: Der prominente Architekt Siegfried Morschel ist Leiter der Bremer Hochbau GmbH und der Union-Treuhand GmbH. Der Grundstücksmakler Willy Lohmann (Spitzname: „Millionen-Willy"), Besitzer des ersten Mercedes 600 in Bremen, betätigte sich beim Ankauf des Geländes für die neue Universität sowie bei Vorratskäufen für die Sanierung des Bremer Ostertor-Viertels. Heute gesteht Boljahn: „Ich habe auch falsche Freunde, die Millionen an mir verdienten."

Die Machtfülle und die mitunter schroffe Art des Polit-Managers, der Genossen hinter verschlossenen Türen gelegentlich im Feldwebel-Jargon abkanzelte, ließ in der Hansestadt Gerüchte über mannigfache Manipulationen Boljahns gedeihen.

Erst als Deutschlands jüngster Regierungschef und Bremens Erster Bürgermeister, Hans Koschnick, 38, Ende November vorigen Jahres in die kleinbürgerlich drapierte Amtsstube im ersten Stock des Bremer Rathauses einzog, ging es mit Boljahn bergab.

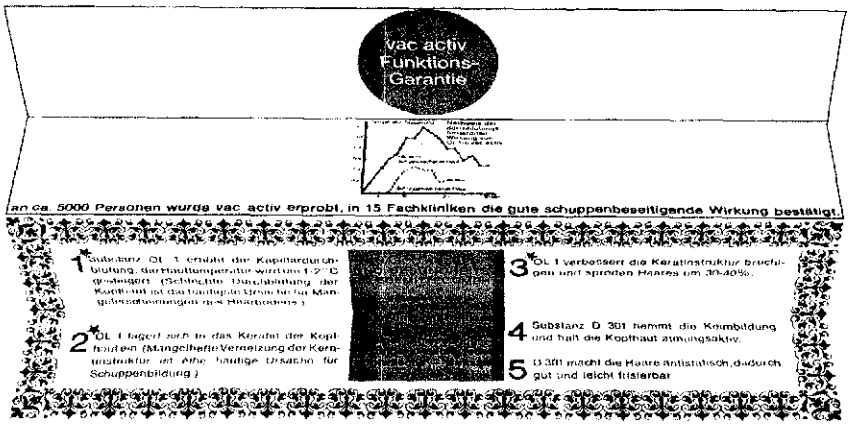
Koschnick wagte, was weder der populäre Wilhelm Kaisen noch der unpopuläre, aber tüchtige Willy Dehnkamp riskiert hatten: den Clinch mit Richard Boljahn. Der neue Stadtstaatschef: „Wir werden in der Bremer SPD schlecht davon leben können, Anti-Boljahner, Pro-Boljahner und Neutralisten zu sein." Koschnick verhieß, er würde „die Führungsrolle des Senats sichtbar machen".

Der neue Regierungschef attachierte dem starken Fraktionschef einen zweiten gleichberechtigten Stellvertreter und nahm für sich das Recht in Anspruch, an den Sitzungen des SPD-Fraktions-Vorstands teilnehmen zu können. Die Genossen bestanden darauf, daß Boljahn den Aufsichtsratsvorsitz in der „Weser"-Grundstücksgesellschaft und in der Stadthallen GmbH niederlege.

Während Boljahns Macht abbröckelte, kamen ihm — gerufen oder unge-

HaarFunktionsTonikum
vac activ
*Beseitigt Schuppen
*Erhöht Haar-Reißfestigkeit
*Verhindert Haarausfall

Die Funktions-Garantie bedeutet Sicherheit für Haare



Wir geben dieses Prospektblatt jeder Flasche vac activ mit, denn es bekundet das Ergebnis von 5.000 Versuchsreihen der vac activ-Entwicklung. Wir geben die 5-Funktionen-Garantie all den Männern, die wissen wollen, was ein Haarwasser für ihr Haar tun kann! Wenn Sie das nächste Mal an einer Apotheke oder einer Drogerie vorbeikommen und dabei hoffentlich an Ihr Haar denken, lassen Sie sich die 5-Funktionen-Garantie im Original vorlegen.

ANASCO, ARZNEI- UND GESUNDHEITSPFLEGEMITTEL GMBH, WIESBADEN

Apotheker und Drogist empfehlen: Jedesmal gleich nach der Kopfwäsche gehört vac activ ins Haar.



rufen — vierzig Angestellte des Grundstücksmaklers und Boljahn-Freundes Lohmann zu Hilfe. Im Bezirk Bremen-Altstadt, wo sich die Reihen der Boljahn-Anhänger lichteten, nahmen sie einen zweiten Wohnsitz und traten der SPD bei. Der Neuzugang wollte widerspenstige Delegierte abwählen, um so Boljahns drohende Niederlage abzuwenden. Doch die Manipulation mißlang: Der SPD-Ortsverein versagte der Hilfstruppe das Wahlrecht.

Aber auch nach dem Sturz des SPD-Politikers Boljahn weiß Boljahn-Gegner Koschnick, daß der einstmals mächtigste Genosse noch immer mächtig ist. Koschnick: „Ein angeschlagener Tiger ist gefährlicher als ein gesunder." Und Boljahn verkündete denn auch: „Ich bin oft hingefallen, aber immer wieder aufgestanden; ich werde auch diesmal wieder aufstehen."

Tatsächlich glaubt Boljahn, bereits ein neues Konzept gefunden zu haben: Er will die Anti-Notstands-Stimmung und das Unbehagen vieler Gewerkschaftler gegen die Große Koalition nutzen und die 100 000 Mann starke Bremer DGB-Truppe mobilisieren: „Freunde, faßt mal wieder Tritt."

Boljahn drohte: „Ich kann jederzeit 10 000 Gewerkschaftler auf den Domshof bringen."

BERLIN

VIERMÄCHTE-STATUS

Bis auf weiteres

Es war wie Frühlingserwachen mitten im Winter. Denn „gerade in diesen Tagen", so sprach Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz vorletzte Woche, „werden Gegensätze zwischen Ost-Berlin und Moskau deutlich". Gerade in diesen Tagen, wähnte die Bundesregierung, bahne sich Einverständnis an zwischen Bonn und Moskau — gegen die DDR.

Kanzleramt und Senatskanzlei hielten an Erklärungen der beiden sowjetischen Deutschland-Botschafter Zarapkin und Abrassimow gegenüber Vizekanzler Brandt und Bürgermeister Schütz allein für wichtig, *daß* über Berlin und nicht, *was* über Berlin gesprochen wurde (SPIEGEL 4/1968).

Allein: Ernstliche Widersprüche zwischen Sowjet-Union und DDR über die Berlin-Frage hat es weder vor noch nach dem kombinierten Botschafter-Vorstoß gegeben. Denn zu keiner Zeit seit Chruschtschows Berlin-Ultimatum von 1958 sahen die Pakt-Partner Grund, von ihren Berlin-Forderungen abzurücken.

Für beide gilt nach wie vor:

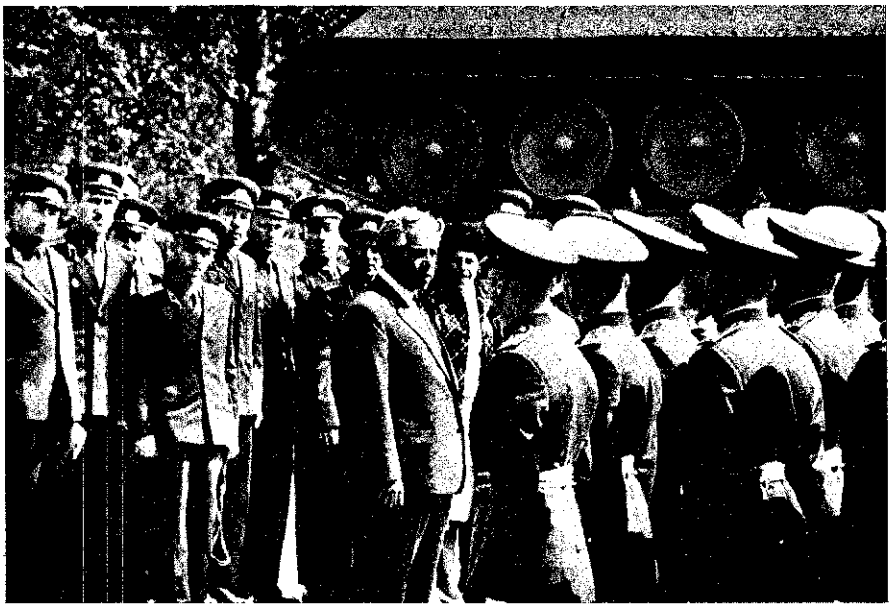
- West-Berlin sei kein Bundesland;
- jede staatliche Repräsentanz der Bundesrepublik in der Stadt sei unzulässig.

Meinungsverschiedenheiten zwischen der DDR-Regierung und ihren sowjetischen Freunden um die Zukunft Berlins gab es lediglich bei Erörterungen der Frage, auf welche Weise sich der juristisch noch immer intakte Viermächte-Status der ganzen Stadt zugunsten Ost-Berlins verändern lasse. Mehrfach versuchte Ulbricht, seine Hauptstadt der vollen Souveränität der DDR-Regierung zu unterstellen — bislang vergebens.

Die Sowjets waren weder bereit, die Reste der west-alliierten Rechte in Ost-Berlin (etwa: unkontrollierte Einreise von Militärpersonal) abzubauen, noch, die direkte Wahl Ost-Berliner Abgeordneter in die Volkskammer zuzulassen. Wie die West-Berliner im Verhältnis zur Bundesrepublik, so haben die Ost-Berliner im Verhältnis zur DDR lediglich die Möglichkeit, ihre Kommunal-Parlamentarier ohne Stimmrecht ins Staats-Parlament zu delegieren. Und in Ost- wie in West-Berlin treten Staatsgesetze noch immer erst nach formeller Übernahme durch die Landesgremien in Kraft.

Zur gleichen Zeit, im vergangenen Jahr, gelang es der DDR, in Freundschaftsverträgen mit allen europäischen Ostblockländern, außer Rumänien und Albanien, eine Berlinklausel unterzubringen, die den Regierungen dieser Staaten Solidarität mit dem Ost-Berliner Standpunkt auferlegt. Muster der Vereinbarung war der Artikel 6 des Freundschaftsvertrags DDR - Sowjet-Union von 1964. Er lautet: „Die hohen vertragschließenden Seiten werden Westberlin als selbständige politische Einheit betrachten."

Zwar setzte sich SED-Chef Ulbricht Ende des Jahres in der Volkskammer scheinbar in Widerspruch zu den Sowjets, als er sagte, „für den Status Westberlins, das auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt und rechtlich zu ihr gehört", gelte Artikel 6 nur „bis auf weiteres". Doch bot er mit dieser überzogenen Forderung nach einem Anschluß West-Berlins den Sowjets nur willkommene Gelegenheit, ihren (und der DDR) Wunsch nach Umwandlung des Besatzungsgebiets West-Berlin in eine politisch selbständige Einheit dem Westen als ebenso vernünftig wie gemäßigt schmackhaft zu machen.



Sowjetbotschafter **Abrassimow, Sowjetsoldaten***: „Mach auch du dich auf den Weg"

Auf dieser Regelung beharrten die Russen mit der internen Begründung, daß sie sich nach den Chruschtschow-Abenteuern keine neuen Experimente leisten wollten. Wie loyal sie sich aber gleichwohl gegenüber der DDR verhalten, zeigte sich, als Walter Ulbricht letztes Jahr ein West-Berliner Sündenregister zusammenstellen und Sowjetbotschafter Abrassimow überreichen ließ. Das DDR-Papier wies darauf hin, daß Kanzler Adenauer 25mal, Kanzler Erhard aber 80mal in der Frontstadt aufgetreten sei.

Die Sowjet-Regierung reagierte sofort. Botschafter Abrassimow bekam Auftrag, die drei Westmächte an ihre Pflicht — die Wahrung des Status quo — zu erinnern. Botschaftsrat Belitzki erhielt Order, erstmals in einem öffentlichen Vortrag vor West-Berlinern zu erläutern, daß sich an den sowjetischen Ansichten über die Halbstadt nichts geändert habe. Tenor der Belitzki-Rede: Wirtschaftliche Bindung West-Berlins an den Bund — ja, politische oder gar staatsrechtliche Bindung — nein.

Wie gut das Zusammenspiel von Sowjet-Union und DDR bei Berlin-Fragen tatsächlich funktioniert, bekam Kanzler Kiesinger ausgerechnet bei seinem letzten Berlin-Besuch zu spüren. Als sei ein Bündnis Bonn - Moskau kontra DDR zum Greifen nahe, flehte er in die Mikrophone: „Wir bitten dich, Sowjet-Union, mach auch du dich auf den Weg."

Die Antwort aus dem Osten, tags darauf, war kühl und synchron. Die SED protestierte, und die „Prawda" assistierte. Kiesingers Berlin-Auftritt, so ließ sie wissen, sei nichts weiter als eine „gegen die Sicherheit der europäischen Völker gerichtete Provokation".

* Am sowjetischen Kriegerdenkmal in West-Berlin.